

Walker, Patrick Gordon

Article — Digitized Version

Großbritannien und Europa

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Walker, Patrick Gordon (1965) : Großbritannien und Europa, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 12, pp. 657-662

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133551>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

gebaut worden ist. Das ist nur ein Beispiel für die Notwendigkeit, in europäischem Maßstab zu planen und zu produzieren. Es gibt aber noch viele andere Gebiete der fortgeschrittenen und kostspieligen Technologie, für die das gleiche gilt. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren, und Aktion in Form von Kooperation zwischen allen gleichgesinnten europäischen Staaten ist dringend erforderlich. Es ist keineswegs erlaubt, die wirtschaftliche, geschweige denn die politische Entwicklung Europas abzuwarten.

DIE KRISE DER EWG NUTZEN!

Was kann aber im Augenblick zweckmäßigerweise von den einzelnen Regierungen, die der Gemeinschaft beizutreten wünschen und darauf warten, daß diese ihre Schwungkraft wiedergewinnt, getan werden? Während der mißlungenen Verhandlungen zwischen Großbritannien und der EWG im Jahre 1962 hat meine Regierung zu den Regierungen der anderen EFTA-Länder engsten Kontakt gehalten, und sowohl wir als auch sie haben zahlreiche Gelegenheiten, um zu beobachten, welcher Art die Auswirkungen sein werden, die unser Beitritt zur EWG auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik unserer Länder jeweilig haben wird und welche Änderungen wir auf diesem Gebiet vornehmen müßten. Tatsächlich hat sich ein großer Teil der Diskussionen während der Verhandlungen mit dem Zeitraum befaßt, den wir benötigen würden, um nach unserem Beitritt diese Änderungen

durchzuführen. Nach meiner Ansicht sollten wir diese Periode erzwungener Inaktivität bei den Verhandlungen zwischen der EWG und anderen Ländern, solange weitere Gespräche offensichtlich unmöglich sind, nutzen, um einen Anfang mit der Anpassung unserer innenpolitischen Richtlinien zu machen, die es uns erleichtern wird, der Gemeinschaft beizutreten, wenn die Zeit dafür gekommen ist.

Das würde ein Akt des Glaubens sein, aber er würde es denjenigen Regierungen, die einen echten Glauben an die zukünftige Entwicklung der EWG besitzen — und wirklich dazu entschlossen sind, an ihr teilzunehmen, wenn die Verhältnisse es zulassen —, erleichtern, ihren Beitritt zu vollziehen. Gleichzeitig würde er aber auch den Druck von ihnen nehmen, unter dem sie nach ihrem Beitritt stehen würden, wenn sie die Änderungen ihrer innenpolitischen Richtlinien hastiger durchführen müßten, als ihren Wünschen entsprechen kann. Ich glaube, daß in allernächster Zeit internationale Zusammenarbeit und nationale Vorbereitungen in den europäischen Regierungen zur Debatte stehen sollten. Es ist außerdem jedoch eine sehr feste Hoffnung der britischen Konservativen Partei und meiner Überzeugung nach auch des britischen Volkes, daß uns hierfür nicht viel Zeit zur Verfügung stehen wird, ehe wir und unsere EFTA-Partner Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft werden. Denn das ist es, was wir und die Gemeinschaft Europa schulden, und das ist es, was Europa der Welt schuldet. Wir sollten nicht länger zögern!

Großbritannien und Europa

Patrick Gordon Walker, London *)

In Großbritannien gibt es verschiedene Ansichten über die „Europäische Frage“, die bis zu einem gewissen Grade keineswegs jeweils auf eine bestimmte Partei beschränkt sind. Über den Begriff „Europa“ und was darunter zu verstehen ist, herrscht jedoch eine nahezu übereinstimmende Meinung vor.

Erstens wird Großbritannien als Bestandteil Europas angesehen: Geographisch und politisch gehört es zu Europa und seiner kulturellen Tradition. Großbritannien kann von den bedeutenderen auf dem Kontinent auftretenden Strömungen nicht abrücken, selbst wenn es das wollte. Die Gründung des Gemeinsamen Marktes ist das wichtigste europäische Ereignis seit den beiden Weltkriegen, das zwangsläufig auf Großbritannien und seine Beziehungen mit dem übrigen Europa einen großen Einfluß haben mußte.

DIE EWG IST NICHT EUROPA

Zweitens wird in England der Gemeinsame Markt nicht mit Europa identifiziert. Nach unserer Ansicht

leisten diejenigen, die das versuchen, der Sache der europäischen Einheit keinen Dienst. Tatsächlich sollten wir bei der Wahl der Worte, die wir verwenden, sehr vorsichtig sein. Man sollte nicht „Europa“ sagen, wenn man den „Gemeinsamen Markt“ meint, und wenn von der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ gesprochen wird, darf nicht vergessen werden, daß auch in der Bezeichnung EFTA das Adjektiv „europäisch“ enthalten ist.

Die Existenz der EFTA ist einer der Gründe, warum für Großbritannien der Gemeinsame Markt nicht mit Europa identisch ist. Zur EFTA gehören einige der fortschrittlichsten Staaten Europas — oder wenn man so will, der ganzen Welt. Ihre Bevölkerungszahl nähert sich der 100-Millionen-Grenze. Der Mechanismus der EFTA, die Art, wie Entscheidungen getroffen werden, könnte vielleicht dem gegenwärtigen Stand der Dinge in den europäischen Ländern angemessener sein als die mehr formale und genauer festgelegte Verfassung und Konstruktion des Gemeinsamen Marktes.

Aber selbst eine Zusammenfassung von Gemeinsamen Markt und EFTA ergibt noch immer nicht

*) Die Übersetzung aus dem Englischen besorgte Hubert Höping, Hamburg.

Europa. Es darf niemals vergessen werden, daß die osteuropäischen Völker dazu gehören und geholfen haben, unsere gemeinsame europäische Zivilisation zu schaffen. Solange ein Abgrund zwischen Ost- und Westeuropa klafft, wird es uns nicht gelungen sein, ein Europa zu schaffen.

In diesem Sinne rechne ich die sowjetische Besatzungszone nicht zu Osteuropa: Sie repräsentiert keine Nation, wie es bei den osteuropäischen Staaten der Fall ist. Wir können und werden diese Länder anerkennen, aber niemals die Sowjetzone. In diesem Zusammenhang darf ich hinzufügen, daß wir das Recht der Westberliner auf ein politisches Leben ihrer eigenen Wahl fest unterstützen, und wir bestehen auf den Rechten der alliierten Garnisonen in dieser Stadt.

Die endgültige Schaffung eines auch die osteuropäischen Länder umfassenden Gesamteuropas ist für Deutschland von äußerster Bedeutung, denn sie ist die Voraussetzung einer friedlichen Wiedervereinigung dieses Landes. Ich habe die Art und Weise bewundert, wie die Bundesrepublik eine flexiblere Politik in ihren Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten eingeschlagen hat, obwohl diese das Regime der Sowjetzone anerkennen. Großbritannien verfolgt eine ähnliche Politik. Es kann indessen in dieser Richtung etwas weiter gehen, weil es diese Staaten voll anerkennt.

Die Entwicklung dieser Politik wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Wir dürfen nicht versuchen, den Warschauer Pakt aufzubrechen, wir müssen aber engere wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen mit den Völkern Osteuropas aufnehmen. Jedes Verbindungsglied, das zwischen Ost- und Westeuropa geschmiedet wird, stellt einen weiteren Schritt auf ein vollständiges Gesamteuropa hin dar, das unser Ziel bleiben muß.

DIE KRISE IN DER EWG

Ein unmittelbarer Problem betrifft die Beziehungen zwischen der EFTA und dem Gemeinsamen Markt. Die Krise innerhalb des Gemeinsamen Marktes ist sehr ernst zu nehmen, denn sie spiegelt grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über Natur und Bestimmung des Gemeinsamen Marktes wider.

Zum Teil ist der Verdruß auf den Wunsch Frankreichs zurückzuführen, den Gemeinsamen Markt zu beherrschen. Aber mir scheint auch, daß — von außen betrachtet — der ganze Ärger auch eine Folge der Art und Weise ist, in der die Brüsseler Kommission versucht hat, zu weit und zu schnell vorzustoßen.

Die Kommission hat versucht, einen Grad von Integration zu erreichen, den die großen Staaten einfach noch nicht hinnehmen wollen. Sie hat auch eine Autorität geltend gemacht und ausgeübt, die für das gegenwärtige Gleichgewicht und die Stimmung Europas zu weitgehend war. Die Kommission benimmt sich in vielerlei Hinsicht wie eine Regierung, aber sie ist — im juristischen Sinne des Wortes — „nicht verant-

wortlich“: Es gibt keine Autorität, der gegenüber sie sich verantworten muß, keine Autorität, die sie wirkungsvoll im Zaume halten oder entlassen kann.

Die Forderung, daß das Parlament des Gemeinsamen Marktes direkt gewählt werden sollte, bietet keine Lösung an. Das ist noch nicht annehmbar. Und selbst wenn es das wäre, hätte die Wahl eines solchen Parlaments vor der Übernahme einer derartigen Machtvollkommenheit durch die Kommission erfolgen müssen.

Außerdem ist ein Parlament als solches nicht in der Lage, Bürokraten und Beamte zu kontrollieren. Hierfür wird ein Kabinett von Ministern gebraucht, die selber einem Parlament gegenüber verantwortlich sind. Ein „Ministerpräsident von Europa“ kann nicht aus der Dienststelle des Präsidenten der Kommission hervorgehen, sondern nur aus einem europäischen Ministerkabinett.

Mir scheint, daß eine der Hauptursachen der Spannungen innerhalb der Gemeinsamen Marktes die ungleichmäßige Entwicklung seiner verschiedenen Organe und Institutionen ist. Die unangemessene Evolution der Kommission hat den inneren Aufbau des Gemeinsamen Marktes aus dem Gefüge gebracht.

Soweit Frankreich durch einen verstärkten Einfluß des Ministerrats ein Gegengewicht für die Kommission bilden will, neige ich dazu, ihm zuzustimmen, daß das auf dieser Stufe zum Vorteil des Gemeinsamen Marktes wäre. Der Aphorismus, daß das, was General de Gaulle wirklich wollte, ein Gemeinsamer Markt „à l'anglais sans les anglais“ sei, enthält einen wahren Kern.

Man kann natürlich nicht absolut sicher sein, daß der Gemeinsame Markt seine gegenwärtige Krise überwinden und weiterhin wachsen und blühen wird, ich nehme es aber trotzdem an, und das deckt sich auch mit der allgemeinen Ansicht in Großbritannien. Er könnte sich jedoch langsamer entwickeln, als man noch vor kurzem annahm, und möglicherweise in einer etwas unterschiedlichen Form. Deshalb nimmt das Problem der Beziehungen zwischen EFTA und dem Gemeinsamen Markt einen bevorzugten Platz auf der britischen Tagesordnung ein.

DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN EFTA UND EWG

Ich glaube nicht daran, daß wir einfach da wieder von vorn beginnen können, wo die Brüsseler Verhandlungen abgebrochen wurden. Ein zweiter Fehlschlag wäre eine Katastrophe. Das nächste Mal müssen wir des Erfolges sicher sein, ehe wir von neuem beginnen.

Wir müssen deshalb am anderen Ende anfangen und jetzt Dinge in Angriff nehmen, die den Verhandlungen zu einem sicheren Erfolg verhelfen, sobald wir diese erst einmal wieder aufgenommen haben. Wir müssen unsere Zolltarife in Übereinstimmung bringen und unsere Steuersysteme einander annähern sowie in ganz Europa umfassende Projekte auf nuklearem

und technischem Gebiet aufgreifen. Großbritannien hat diesen Kurs bereits eingeschlagen. Während der nächsten zehn Jahre wird es z. B. das Dezimalsystem vollkommen übernommen haben.

Es darf sich aber hier nicht nur um eine eingleisige Politik handeln, auch hier muß das Prinzip des Gebens und Nehmens herrschen. Großbritannien würden aus einer Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt sicherlich große Vorteile erwachsen, es müßte aber auch Opfer bringen und selber dem Gemeinsamen Markt von Nutzen sein. Der Gemeinsame Markt kann nicht vorankommen, wenn er sich nicht den nationalen Interessen seiner Mitglieder anpaßt. Nichts könnte mehr dazu beitragen, Großbritannien dem Gemeinsamen Markt näherzubringen, als die Bereitschaft seiner gegenwärtigen Mitglieder, diesem Lande ihrerseits entgegenzukommen. Wenn die EWG die Haltung einnehmen sollte, aus der erkennbar wäre, daß man der Ansicht sei, die Mitgliedschaft Großbritanniens spiele im Grunde genommen keine Rolle mehr, so würde das in England eine entsprechende Reaktion auslösen. Die Annahme, daß wir durch den Ablauf der Zeit allein zur Mitgliedschaft gezwungen werden können, ist falsch.

Neue Möglichkeiten könnten sich als Folge der gegenwärtigen Krise des Gemeinsamen Marktes eröffnen. Initiativen, die darauf abzielen, die EFTA und

die EWG einander näherzubringen, könnten in dieser durch einen völligen Stillstand gekennzeichneten Situation einen neuen Auftrieb mit sich bringen. Wir müssen wachsam jede Initiative ergreifen, die sich anbietet und die zweckmäßig erscheint.

Es ist von größter Wichtigkeit, daß wir uns einmal zusammensetzen und die politischen Probleme diskutieren. Eine der Ursachen für das Fehlschlagen der Brüsseler Verhandlungen war, daß sie sich ausschließlich auf Wirtschaftsfragen konzentrierten; die großen, ihnen zugrunde liegenden, politischen Probleme wurden nicht berührt.

Die politischen Sachverhalte sind von überragender Bedeutung. Zunächst ist da der ganz einfache Tatbestand, daß wir die Beziehungen zwischen EFTA und dem Gemeinsamen Markt nicht so regeln dürfen, daß dadurch die Kluft zwischen West- und Osteuropa erweitert und vertieft wird. Das zweite, äußerst komplizierte Problem bezieht sich auf Europas Stellung in der Welt. Wenn ich es einmal so ausdrücken darf, so scheint mir, daß die Staaten des Gemeinsamen Marktes dazu geneigt haben, sich so ausschließlich mit ihren eigenen internen Problemen abzuquälen, daß sie nicht genügend Zeit und Energie erübrigen konnten, die weltweiten Probleme, die auch sie etwas angehen, in Erwägung zu ziehen.

In aller Welt



Spezialisten für Öl

Die Hamburg-Atlantik-Linie wählt für die „HANSEATIC“

Sicherheit durch Mobil-Schmierung

Geben Sie auch Ihrem Auto diese Sicherheit!

MOBIL OIL Special behält seine volle Schmierkraft zwischen den Ölwechseln, vom ersten bis zum letzten Kilometer. MOBIL OIL Special schmiert den Motor Ihres Wagens immer perfekt. Überall in der Welt, wo Sie das Mobil-Zeichen sehen, erhalten Sie MOBIL OIL Special - allein an 18000 Stellen in der Bundesrepublik.



MS 133a

Volle Schmierkraft

zwischen den Ölwechseln

Europa kann jedoch die übrige Welt nicht einfach ignorieren, es ist dafür zu mächtig. Es muß die übrige Welt entweder durch Aktivität oder durch Inaktivität beeinflussen. Wenn eine große Macht versäumt, ihre Rolle zu spielen, so wird das auch das gesamte Gleichgewicht in der Welt beeinflussen — und in der Regel zum Nachteil der Macht, die beiseite steht.

DIE AUFGABE DER EINIGUNG EUROPAS VOR DEM HINTERGRUND DER WELTPOLITISCHEN SITUATION SEHEN!

Außerdem werden einige der bedeutsameren internen Probleme Europas durch internationale Entwicklungen direkt beeinflußt. Bei seinen Versuchen, in der Welt eine Rolle zu spielen, glaubt Großbritannien gerade aus diesem Grunde, daß es als ein Teil Europas für Europa handelt. Zwei ungeheure Entwicklungen verwandeln das Gesicht der Welt, und beide haben für Europa wichtige Folgen.

Die erste betrifft das große Paradoxon unserer Generation, nämlich daß der Besitz nuklearer Waffen in ihrer ganzen Breite die tatsächliche Macht einer Nation vermindert, anstatt sie zu erhöhen. Kernwaffen sind Selbstmordwaffen. Sowohl Amerika als auch Rußland wissen, daß der Einsatz ihrer nuklearen Waffen zu ihrer eigenen Zerstörung führen würde. Sie müssen ihr nukleares Arsenal erhalten oder sogar erweitern, um das wechselseitige Gleichgewicht des Schreckens nicht zu stören. Aber die einzigen Waffen, die sie tatsächlich einsetzen können, sind konventionell, und sogar diese müssen sie mit großer Zurückhaltung verwenden, wenn auch nur die geringste Wahrscheinlichkeit einer direkten Konfrontation mit der anderen großen Nuklearmacht besteht.

DAS PARADOXON DES BESITZES NUKLEARER WAFFEN

Könnte man sich eine Welt ohne Kernwaffen vorstellen, so könnten in dieser Amerika und Rußland ihre Macht, die ihnen ihre Größe, ihr Wohlstand und ihre geographische Lage bieten, viel wirkungsvoller anwenden.

Es gibt in der Welt nicht nur ein nukleares Gleichgewicht, sondern auch eine Art nuklearer Lähmung. Die Auswirkungen, die diese Lähmung auf Europa ausstrahlt, sind sehr groß. Zunächst handelt es sich um die direkte strategische Wirkung. Da Europa das wichtigste Gebiet für eine Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion darstellt, können wir einen Kernwaffenkrieg in Europa ausschließen, solange diese Lähmung andauert. Ein größerer konventioneller Angriff auf Europa, durchgeführt von einer der beiden Parteien, würde das unausweichliche Risiko eines nuklearen Krieges mit sich bringen. Wenn eine der beiden Mächte einen größeren konventionellen Angriff plante, wäre sie logischerweise gezwungen, mit einem nuklearen Bombardement loszuschlagen, nur um sich nicht einem ersten Kernwaffenschlag des Gegners auszusetzen, nachdem sie selber ihren konventionellen Großangriff begonnen hat. So sind ein großer konventioneller Krieg und

nukleare Kriegführung in Europa untrennbar verbunden. Können wir die eine Form des Krieges ausschließen, so trifft das auch auf die andere zu.

Die Gefahr liegt für Europa deshalb nicht in einem größeren konventionellen Angriff, sondern eher in einem zufälligen Engagement von Grenzschutzkräften oder in Sondierungsaktionen. Wir müssen darauf vorbereitet sein, diese Art der Gefahr identifizieren und abwehren zu können. Die hierfür benötigten Kräfte unterscheiden sich jedoch nach Größe und Art von denen, die für die Abwehr eines großen konventionellen Angriffs benötigt würden. Sehr schnell bewegliche Truppen mit großer Feuerkraft, die schnell in den Kampf geworfen werden können, sind erforderlich.

TRUGSCHLUSSE „EUROPÄISCHER“ STRATEGIEN

In diesem Zusammenhang muß ich zwei gegenwärtig geläufige Trugschlüsse auf dem Gebiet der europäischen Strategie behandeln. Einer von ihnen wird oft in französischen Kreisen vertreten und lautet etwa folgendermaßen: Die Russen könnten, sagen wir auf Köln, vorrücken, und aus Angst vor der Zerstörung ihrer eigenen Städte würden die Amerikaner vor dem Einsatz ihrer Kernwaffen zurückschrecken. Deshalb wäre dann Europa den Russen auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, wenn keine entschlossene europäische Macht (lies Frankreich) vorhanden ist, die Atomwaffen besitzt und bereit wäre, diese auch einzusetzen.

Bei diesem Argument besteht ein Teil des Trugschlusses darin, daß die falsche Frage gestellt wird. Der springende Punkt ist nicht, was die Amerikaner denken würden, wenn die Russen erst einmal Köln erreicht haben. Es handelt sich doch darum, wie die Russen sich die mögliche amerikanische Reaktion vorstellen, ehe sie sich nach Köln in Bewegung setzen. Wenn sie auch nur mit einer relativen Möglichkeit eines ersten amerikanischen Kernwaffenschlages rechneten, würden sie gar nicht erst anfangen.

Den zweiten Trugschluß findet man gleichermaßen in einem Argument, das man manchmal in deutschen Kreisen hört. Ich nenne ihn den Trugschluß der „Symmetrie des nuklearen Gleichgewichts“. Man argumentiert, daß auf Grund der Tatsache, daß die Sowjetunion eine Anzahl Mittelstreckenraketen auf viele europäische Städte, einschließlich solcher in Großbritannien, gerichtet hat, auch wir unsererseits ähnliche Waffen auf europäischem Boden oder in europäischen Gewässern besitzen müßten, die ihrerseits auf russische Städte gerichtet sind. Es müßte also eine Symmetrie des nuklearen Gleichgewichts vorhanden sein.

Diese Konzeption ignoriert, wie es auch die französische tut, die Tatsache, daß das amerikanische Kernwaffenarsenal (einschließlich der Polaris-Unterseeboote) die einzige echte Verteidigung Europas darstellt. Was zählt, ist das nukleare Arsenal der Allianz als Ganzes und nicht einige spezielle Zusatzwaffen. Falls Amerika abseits stände, könnte Europa keine nukleare Verteidigung aufbieten, die die Russen ab-

schrecken könnte. Rußland würde keinesfalls mehr abgeschreckt, weil zusätzlich zu den amerikanischen Waffensystemen Raketen mit europäischer Basis auf seine Städte gerichtet wären. Europäische Kernwaffen könnten nicht allein eingesetzt werden, sie müssen deshalb einfach überflüssig sein.

Beide Trugschlüsse (besonders jedoch der französische) schaffen Schwierigkeiten für eine Allianz, die eine Abhängigkeit von Kernwaffen nicht vermeiden kann.

EUROPA BRAUCHT DAS ATLANTISCHE BÜNDNIS

Großbritannien mißt dem Atlantischen Bündnis die größte Bedeutung bei. Wir wünschen eine einzige, eine Einheit darstellende Allianz und nicht eine Reihe miteinander verbundener Bündnisse. Wir glauben auch daran, daß wir das Problem unserer Beziehungen zum Gemeinsamen Markt nur im Rahmen einer atlantischen Gemeinschaft lösen können. Das Atlantische Bündnis bedarf einer Reorganisation. Die wichtigste Aufgabe besteht darin, für Deutschland innerhalb des Bündnisses eine gleichwertige Position zu finden, während gleichzeitig jede Weiterverbreitung von Nuklearwaffen vermieden wird. Das ist einer der Leitgedanken in den britischen Vorschlägen. Nach unserer Ansicht würde die ANF (Atlantic Nuclear Force) dieses Problem viel besser gelöst haben, als die MLF (Multilateral Force). Eine echte Gleichberechtigung Deutschlands mit Großbritannien und den anderen europäischen Verbündeten ist eines der wesentlichen Merkmale der ANF.

Eine Alternative wäre die Umwandlung des Bündnisses in eine echte Partnerschaft, in der die europäischen Bündnispartner gemeinsam mit den USA einen wirklichen Anteil an der strategischen Planung, einschließlich der nuklearen, hätten.

Die Zukunft der NATO und der Atlantischen Allianz schafft für alle Mitgliedstaaten sehr komplizierte Probleme, die alle auf die Probe stellen. Die Ansichten Frankreichs mit denen der USA in Einklang zu bringen, wird nicht einfach sein.

Ebenso wie Deutschland wird Großbritannien sein Äußerstes tun, um eine Wahl zwischen Paris und Washington zu vermeiden. In dieser Angelegenheit besteht eine Interessenidentität zwischen Großbritannien und Deutschland.

Das Vereinigte Königreich tut sein Bestes, um seine Beziehungen zu Frankreich zu verbessern. Der letzte Ausweg jedoch wäre — wenn es sich als notwendig erweisen sollte — der Versuch, eine engere atlanti-

sche Gemeinschaft mit den Mitgliedstaaten fortzusetzen, die eine Zusammenarbeit wünschen. Eine atlantische Gemeinschaft muß natürlich so aufgebaut werden, daß für jede Nation, auch wenn sie nicht von Anfang an voll mitarbeiten will, immer ein Platz freigehalten wird.

EUROPA IM SPANNUNGSFELD PERIPHERER WELTPOLITISCHER ENTWICKLUNGEN

Die durch das nukleare Gleichgewicht verursachte Lähmung zwischen den beiden Weltmächten hat auch noch weitere Folgen für Europa, die zwar indirekt, aber deshalb nicht weniger real sind. Wenn auch ein Zusammenstoß in Europa viel weniger wahrscheinlich geworden ist, so hat sich doch die Drohung gefährlicher Verwicklungen an der Peripherie — in Gebieten, wo keine direkte Konfrontation der beiden Mächte gegeben ist — verstärkt.

An der Peripherie könnten Amerika und Rußland große Vorteile gegeneinander gewinnen oder versuchen, den anderen daran zu hindern, sich solche Vorteile zu verschaffen, ohne das Risiko eines direkten Konfliktes einzugehen. Aber wegen der Ausbreitung revolutionärer Bewegungen und der mangelnden Stabilität erst kürzlich errichteter Staaten sind die peripheren Gebiete an sich schon explosiv.

Und in diesem Zusammenhang stoßen wir nun auf die zweite äußerst folgenschwere Entwicklung in unserer heutigen Welt. Sie besteht darin, daß der chinesische Riese nach mehr als zwei Jahrhunderten aus seinem Schlaf erwacht ist. Das Machtvakuum, entstanden durch den langen Niedergang Chinas, wird wieder aufgefüllt.

Der Status einer echten Weltmacht ist das langfristige Ziel Chinas. In der Zwischenzeit versucht es, seine historische Suprematie über seine südlichen Nachbarn wiederherzustellen. Es könnte sich sehr wohl versucht fühlen, seinen direkten Einfluß auf Indonesien auszuweiten. Zu gegebener Zeit wird China auch versuchen, die Kolonialgebiete zurückzuholen, die das zaristische Rußland im 19. Jahrhundert auf Chinas Kosten erwarb.

Es war die unmittelbare Folge der Auferstehung Chinas, daß das gesamte Gleichgewicht Südasiens gestört wurde. Nicht nur, daß China ein riesiges Land und wieder in der Lage ist, sein Gewicht in die Waagschale zu werfen. Hinzu kommt, daß die anderen wesentlichen Mächte Asiens sich selber kaltgestellt haben. Indien und Pakistan sind in einen erbitterten Streit um Kaschmir verwickelt, der bereits zu offenen

DEUTSCHE SCHIFFSBELEIHUNGS-BANK AKTIEN-GESELLSCHAFT

SCHIFFSKREDITE
für alle Zweige der Schifffahrt



SCHIFFSPFANDBRIEFE
für jeden Anlagebedarf

HAMBURG 11, Katharinenstraße 13 · Postfach 1920 · Telefon: 36 25 66 · Telex: 02 14029

Feindseligkeiten geführt hat. Indonesien hat Malaysia angegriffen und befindet sich nun selber in einem Aufruhr, der das Gleichgewicht Asiens noch mehr erschüttern kann. Und Japan hat sich von seinen Verteidigungsverpflichtungen in Asien freigemacht.

Der Aufstieg Chinas und das Fehlen eines natürlichen Gleichgewichts Asiens hat die den peripheren Gebieten innewohnenden Gefahren auf Südasien konzentriert. Die akuten Probleme, die aus dieser Situation heraus entstehen, sind für Europa von äußerster Wichtigkeit. Wenn in Asien kein Gleichgewicht gegenüber China geschaffen werden kann, würde das zu einer allgemeinen Verlagerung im Weltgleichgewicht führen, die die ernstesten Folgen für die gesamte westliche Welt hätte. Viele Europäer, die die Rolle der USA und Englands in Südostasien kritisieren, setzen als selbstverständlich voraus, daß die beiden Mächte diese Rolle weiterhin spielen werden. Sie fragen sich jedoch nicht, was die Konsequenzen wären, wenn China nicht in Schach gehalten würde. Wenn sie sich diese Frage stellten, würden sie feststellen, daß Großbritannien und Amerika im europäischen Interesse handeln, ohne daß das andere Europa viel Verständnis zeigt oder irgendeine Hilfe leistet.

Was die Vereinigten Staaten und Großbritannien (ebenso wie Rußland) nun versuchen, ist die Herstellung eines Gleichgewichts, das Asien selber nicht schaffen kann. Unser Ziel muß es nun sein, ein natürliches asiatisches Gleichgewicht gegenüber China zustande zu bringen, das uns dann, sobald es irgend geht, von unserer Aufgabe befreit. Zu gegebener Zeit könnten Indien, Pakistan, Japan und Indonesien gemeinsam China gegenüber ein Gleichgewicht schaffen, und auf lange Sicht gesehen haben sie alle ein unvermeidliches Interesse daran, ein derartiges Gleichgewicht in dieser oder jener Form herzustellen.

Diese die Welt erschütternden Ereignisse haben aber noch eine weitere und mehr auf die Haut gehende Auswirkung auf Europa. Sie haben nämlich ein sehr kompliziertes Dreiecksverhältnis zwischen China, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten geschaffen. Die Sowjetunion bemüht sich genauso wie Amerika und England, das Gleichgewicht gegenüber China zu

halten, bis ein regionales asiatisches Gleichgewicht entstanden ist. Rußland versucht, in Nordvietnam ein Gleichgewicht zu China herzustellen, und gegenüber Indien nimmt es eine Haltung ein, die der des Westens in der Tat sehr nahekommt. In Indonesien hat Rußland viel Kapitalanlagen investiert und würde ein dummes Gesicht machen, wenn die Chinesen einen Versuch unternehmen sollten, sich in diesem Lande zu etablieren.

Trotz des russisch-amerikanischen Konflikts in Vietnam existiert deshalb eine bedeutsame Interessengleichheit in ihrer langfristigen Asienpolitik. Das hilft, ihr gemeinsames Interesse an der Erhaltung eines „Gleichgewichts der Vorsicht“ zwischen ihren weltweiten Beziehungen zu verstärken. Auch hier stehen sie auf gemeinsamem Boden in ihrer Opposition gegen China, das sein Bestes tut, um Amerika und Rußland in einen Streit zu verwickeln.

ATMOSPHERE DER ENTSPANNUNG IST VORAUSSETZUNG FÜR SCHAFFUNG EINES GROSSEUROPAS

Die zwei großen, weltweiten Entwicklungen stärken die Chancen einer Entspannung zwischen Rußland und dem Westen. Das ist für Europa von lebenswichtiger Bedeutung. Nur im Zusammenhang mit einer détente zwischen Ost und West können wir ein Gesamteuropa schaffen, das auch die osteuropäischen Länder einschließt. Und nur in einem solchen wiedervereinigten Europa ist die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands möglich.

Starke Kräfte sind in der Welt am Werk, die ein wiedervereinigtes Deutschland als einen integrierten Teil Europas zustande bringen können. Aber das sind weltweite Kräfte, nicht nur europäische. Um die europäischen Probleme einschließlich Großbritanniens Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt auch nur verstehen zu können — und um wieviel mehr gilt das für ihre Beeinflussung —, müssen wir sie im Rahmen der weltweiten Entwicklungen betrachten. Wenn es Europa gelingen soll, sein Schicksal zu meistern, muß es sich anstrengen, um seine Rolle in der Welt voll auszuspielen, und darf sich nicht damit zufrieden geben, andere stellvertretend für sich handeln zu lassen.

Hartgummi



Kunststoffe

NEW-YORK HAMBURGER
GUMMI-WAAREN COMPAGNIE
ANGESCHL.: DR. HEINR. TRAUN & SOHNE GMBH.